



# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel

### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [Die polnische Ratspräsidentschaft](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäische Kommission

- [Digitale Agenda: Kommission fördert Einführung von Kfz-Radarsystemen zur Steigerung der Sicherheit im Straßenverkehr](#) 5
- [Kommission will die Einführung der elektronischen Auftragsvergabe unterstützen](#) 6
- [Lebensmittel: EFSA schließt Bewertung gesundheitsbezogener Angaben ab](#) 8
- [Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011: Vertrauen der Europäer in die Wirtschaft wächst](#) 9

##### Europäische Investitionsbank

- [ÖBB-Untereinntalprojekt: Europäische Investitionsbank finanziert Ausbau mit 1 Mrd. Euro – Vertrag über weitere Tranche unterzeichnet](#) 11

#### Sonstiges

- ["Europäische Unternehmerregion 2013" – Bewerbungsverfahren eröffnet](#) 12

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Die polnische Ratspräsidentschaft

Das polnische Parlament hat im Mai in Warschau das Arbeitsprogramm für die polnische Ratspräsidentschaft beschlossen, die am 01.07.2011 begann. Der polnische Premierminister, Donald Tusk, stellte die Hauptschwerpunkte der polnischen EU-Präsidentschaft vor: wirtschaftliches Wachstum, Verbesserung der Energieversorgungssicherheit, der Lebensmittelsicherheit und der militärischen Sicherheit sowie die Beziehungen insbesondere zu den östlichen Nachbarstaaten und die Erweiterungspolitik („Europäische Öffnung“). Das Wirtschaftswachstum in der EU soll vor allem durch Stärkung des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit gefördert werden. Dabei will der künftige polnische Ratsvorsitz einen Schwerpunkt auf elektronische Dienstleistungen und eCommerce legen. Außerdem spielt die Kohäsionspolitik und die gemeinsame Agrarpolitik eine wesentliche Rolle. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt sind die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 - 2020.

Einer der Hauptschwerpunkte ist das wirtschaftliche Wachstum. Die Verringerung des Haushaltsdefizits und der Schuldenabbau sind nicht nur für die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern für das Wirtschaftswachstum in der gesamten EU von großer Bedeutung. Wenn Europa im globalen Maßstab konkurrenzfähig sein soll, darf es sich nicht nur auf die Rückzahlung von Schulden konzentrieren, sondern muss das Wachstum stark fördern. Die polnische Ratspräsidentschaft wird sich darum bemühen, dass die günstigste Lösung für einen Finanzrahmen für die EU als Ganzes gefunden wird. In Zeiten der Krise soll der EU-Haushalt zu einem Investitionsinstrument werden, das einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum in der EU leistet. Die Kohäsionspolitik soll weiterhin die wichtigste Politik bleiben, denn sie nutzt allen Mitgliedstaaten und auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik spielt eine wichtige Rolle. Eine Priorität der Ratspräsidentschaft ist es, den Binnenmarkt zu vertiefen und seine Errichtung zu beenden, damit sein Wachstumspotenzial voll genutzt werden kann. Da KMU für das Wirtschaftswachstum von entscheidender Bedeutung sind, wird die

Ratspräsidentschaft die Initiativen der Kommission zum Zugang zu Kapitalmärkten und zu Risikokapital und zur Unterstützung von KMU auf Drittmärkten unterstützen. Das wichtigste Projekt ist der Binnenmarkt, das Binnenmarkt-Forum dient der Weiterentwicklung des Binnenmarktes durch eine stärkere Bewusstseinsbildung bei Unternehmen und Bürgern. Im Zuge der Stärkung des intellektuellen Kapitals, gehören auch die Modernisierung von Universitäten und die Förderung der Mobilität zu den Prioritäten.

Ein weiterer Hauptschwerpunkt ist es, ein sicheres Europa zu schaffen. Die Stabilität und die Sicherheit der Unionsbürger sind notwendige Voraussetzungen für wachstumsfördernde Maßnahmen. Die EU muss dauerhaft das Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewinnen, deshalb ist die Stärkung der economic governance in der EU eine der Prioritäten der Ratspräsidentschaft. Von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der EU in einer zunehmend globalisierten Welt ist auch die Energie-Außenpolitik. Ein weiterer äußerst wichtiger Punkt ist die Ernährungssicherheit und die

### In Kürze

Die drei Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft:

- Europäische Integration als Quelle des Wachstums
- Sicheres Europa
- Ein Europa, das von seiner Offenheit profitiert

Wichtige Themen:

- Binnenmarkt
- Intellektuelles Kapital
- Energie-Außenpolitik
- Ernährungssicherheit
- Gemeinsame Agrarpolitik
- Östliche Partnerschaft
- EU-Erweiterung
- Zusammenarbeit mit Russland



Diskussionen zur Gemeinsamen Agrarpolitik gehen in eine entscheidende Phase. Es soll eine reformierte GAP geschaffen werden, die die EU-Mittel effektiv einsetzt, sich am Markt orientiert und öffentliche Güter berücksichtigt. Auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll weiterentwickelt werden, die Ratspräsidentschaft wird zum Beispiel den Dialog zwischen EU und NATO fördern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist, dass Europa von seiner Offenheit profitieren soll, denn der soziale Wohlstand in der EU hängt nicht nur von der inneren Situation ab, sondern auch von den Beziehungen zu Drittländern und der Situation außerhalb der EU. Die Außen- und Sicherheitspolitik soll gefördert werden und der Stärkung der EU-Position auf internationaler Ebene dienen. Durch die Einrichtung von Freihandelszonen mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft will die EU den Geltungsbereich der EU-Vorschriften und Verordnungen erweitern. Die Fortsetzung der EU-Erweiterung führt dazu, dass der Binnenmarkt weitere Millionen Menschen umfassen wird. Das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft wird weitere Ziele in der Zusammenarbeit der EU mit ihren östlichen Nachbarländern aufzeigen. Es soll außerdem ein neuer Rahmen zur Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland etabliert werden. Ein wichtiger Punkt ist auch die Ausarbeitung einer Agenda für die 8. WTO-Ministerkonferenz im Dezember. Die Wirtschaftskrise hat weitreichende Auswirkungen, auch auf die Unterstützung der europäischen Integration durch die Bürger. Das Wirtschaftswachstum soll dazu beitragen, das Vertrauen in die EU wiederherzustellen und dadurch einen Anstoß zur europäischen Integration geben.

Die Polen zeigen sich sehr überzeugt von der Europäischen Union. Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, ist sich sicher, dass der polnische Humor gut für die EU sein werde. "Polens

Tatkraft und Kreativität sind besonders gefragt, um Vorsicht und Zweifel zu überwinden, die sich in einigen Ecken der EU als Ergebnis der Schuldenkrise breitgemacht haben." Er hoffe, Fleiß und Leidenschaft der Polen würden ansteckend wirken und die Stimmung in der EU verbessern. Die Polen seien motiviert und arbeiteten hart. Polen habe den Ehrgeiz, den Europäischen Rat effektiv und konstruktiv zu leiten, so Saryusz-Wolski von der Europäischen Volkspartei.

Tadeusz Cymański aus der Fraktion der Konservativen und Reformisten wünscht sich eine ruhige und harmonische polnische Präsidentschaft. "Während der Debatte im EU-Parlament war der polnische Premierminister offen für Kritik. Es ist besser, seine Gegner anzuhören, statt mit ihnen zu streiten." Die Polen seien ein reflektierendes Volk, das die Vergangenheit nicht vergesse. Die Abgeordneten denken, dass die polnische Präsidentschaft das Image der Polen in der EU verbessern werde. Polen könne in dieser Zeit Werbung für sich selbst machen.

Der polnische Europaminister, Mikołaj Dowgiałeicz, glaubt, dass die Europabegeisterung der Polen den europäischen Geist in der EU wieder neu entfachen kann. In Bezug auf die Wirtschaft meint er, dass Polen zwar nicht den Euro hat, aber trotzdem vom Binnenmarkt profitiert und sich dank der EU stark weiterentwickelt hat. Deshalb könne Polen auf die Vorteile des Binnenmarktes hinweisen und zeigen, wie Haushaltsmittel eingesetzt werden können, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.





Er meint auch, dass mit der polnischen Präsidentschaft die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der Europäische Auswärtige Dienst in ihren Anstrengungen in Nordafrika unterstützt werden sollen. Die Partnerschaft mit Osteuropa verdrängt Nordafrika nicht von unserer Agenda. Beides geschieht gleichzeitig. Wir hoffen, der Gipfel zur Osteuropapartnerschaft wird zum wichtigsten Ereignis während Polens Präsidentschaft. Wir hoffen, er resultiert in neuen und besseren Angeboten für unsere östlichen Nachbarn.

Tusk erklärte, dass die Antwort auf die Krise mehr Europa sei. Die europäische Integration habe über viele Jahre gut funktioniert, deshalb solle man jetzt

nicht davon ablassen. "Mit unserer Ratspräsidentschaft wollen wir viel polnischen Optimismus, Begeisterung und Energie dazu beitragen, weil wir an Europa glauben." Er unterstrich, dass mehr Europa "mehr Freiheit, Wohlstand, Sicherheit und Solidarität" bedeute. Um das zu erreichen, brauche die EU aber starke Institutionen.

Informationen zur polnischen Ratspräsidentschaft: [hier](#)

Programm der polnischen Ratspräsidentschaft: [hier](#)

Pressemitteilungen: [hier](#), [hier](#) und [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



Donald Tusk



# Neues aus den Institutionen

## Europäische Kommission

### Digitale Agenda: Kommission fördert Einführung von Kfz-Radarsystemen zur Steigerung der Sicherheit im Straßenverkehr

Die Genehmigung zur Nutzung der Frequenzen des 24-GHz-Bands für Kurzstrecken-Antikollisionsradarsysteme in Kraftfahrzeugen wurde durch einen Beschluss der Kommission bis Ende 2018 verlängert. Mit dieser vorübergehenden Verlängerung wird sichergestellt, dass Kurzstreckenradarsysteme für Pkw im Einsatz bleiben können, bis die Hersteller eine neue Technik im 79-GHz-Band auf den Markt bringen. Das 79-GHz-Band war bereits 2004 als Betriebsfrequenz für solche Systeme ausgewiesen worden.

Nur 0,05 % der Pkw in Europa sind mit derartigen Radarsystemen ausgestattet, die derzeit alle im 24-GHz-Band arbeiten.

EU-Binnenmarkt sichergestellt werden soll, ist ein wichtiger Bestandteil der Digitalen Agenda für Europa. Die

#### Zur Info

Kfz-Kurzstreckenradarsysteme (SRR) überwachen ständig die Umgebung eines Fahrzeugs und erfassen Hindernisse wie z. B. andere Autos, Fußgänger oder unbewegliche Gegenstände. Bei weiter Verbreitung könnten sie dazu beitragen, die von der EU angestrebte Halbierung der Straßenverkehrstoten zu erreichen. Sie sollen die Fahrer vor möglichen Zusammenstößen warnen und sie auf Fußgänger oder Hindernisse in toten Winkeln aufmerksam machen. Je nach konkreter Anwendung können SRR-Systeme auch automatisch aktive Sicherheitsmaßnahmen auslösen.

*Neelie Kroes, die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, sagte dazu: „Die Kommission hat ein mögliches Hindernis für die Ausstattung der Pkw mit Kollisionsvermeidungssystemen beseitigt. Nun muss sich die Industrie der Herausforderung stellen und neue Systeme entwickeln. Eine breite Ausstattung der Autos mit Kurzstreckenradarsystemen würde die Straßenverkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer, auch die Fußgänger, erhöhen.“*

Dabei handelt es sich hauptsächlich um Luxuswagen. Bei der Entwicklung von Systemen im 79-GHz-Band hatten die Hersteller Schwierigkeiten, so dass diese Technik im 79-GHz-Band nicht so schnell zur Marktreife gebracht werden konnte, wie die Branche zunächst geplant hatte. Bis zum ursprünglich vorgesehenen Ende der Nutzung des 24-GHz-Bands im Jahr 2013 wird die neue 79-GHz-Technik daher für eine kommerzielle Markteinführung noch nicht bereit sein.

Die Frequenzkoordinierung, mit der eine effiziente Frequenznutzung und eine effektive Verwendung des Funkfrequenzspektrums im gesamten

Kommission legte im September 2010 einen Vorschlag für einen Beschluss über ein Programm für die Funkfrequenzpolitik (FFP-Programm) vor.

Digitale Agenda: [hier](#)

Kurzstreckenradarsysteme: [hier](#)

Beschluss der Kommission: [hier](#)

Pressemitteilung  
Funkfrequenznutzung: [hier](#)

zur

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



Neelie Kroes



## Kommission will die Einführung der elektronischen Auftragsvergabe unterstützen

**„e-Beschaffung“, d. h. die Nutzung elektronischer Hilfsmittel durch Regierungen und andere Organisationen des öffentlichen Sektors bei der Kommunikation und der Geschäftsabwicklung im Rahmen der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen oder der Ausschreibung öffentlicher Arbeiten können erhebliche Einsparungen für die europäischen Steuerzahler bewirken. Daher kündigt die Europäische Kommission eine Reihe von Maßnahmen an, mit deren Hilfe die Einführung von e-Beschaffung in der EU beschleunigt werden soll.**

Erstens veröffentlicht die Kommission einen Aufruf zur Interessenbekundung für die Teilnahme an einer neuen, informellen Sachverständigengruppe zu e-Ausschreibung. Zweitens beginnt sie mit der Beobachtung der e-Beschaffung in allen Mitgliedstaaten, um vorbildliche Verfahren zu fördern. Als Drittes veröffentlicht sie die Antworten auf das Grünbuch zur elektronischen Beschaffung, aus denen hervorgeht, dass die obligatorische Nutzung von e-Beschaffung in der EU großen Anklang findet.

Die Mitgliedstaaten sollen durch diese Maßnahmen beim rascheren Umstieg auf e-Beschaffung unterstützt werden, während die Lieferanten die Möglichkeit erhalten, an Online-Vergabeverfahren im gesamten Binnenmarkt teilzunehmen.

Bei e-Beschaffung geht es um mehr als nur einen Wechsel von papiergestützten Beschaffungssystemen zu Systemen, die elektronische Hilfsmittel nutzen. Sie hat das Potenzial, die öffentliche Beschaffung zu rationalisieren und zu beschleunigen, wovon sowohl die Auftraggeber als auch die Lieferanten – und die europäischen Steuerzahler – profitieren werden. Sie wird zu einer schnelleren und effizienteren Verwaltung der Beschaffung und damit zu Kosten- und Zeitersparnis führen.

Öffentliche Auftraggeber in der gesamten EU ersetzen papiergestützte

Verwaltungsverfahren durch elektronische Instrumente und Verfahren. Die vollständige Umstellung auf e-Beschaffung könnte einer neueren Untersuchung der Deutschen Bank zufolge Einsparungen zwischen 50 und 70 Mrd. EUR pro Jahr bewirken. Im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der EU-Regeln für die öffentliche Beschaffung wird versucht, das Potenzial von e-Beschaffung einzubringen. Die heute begonnene Arbeit wird dazu beitragen, technische und praktische Lösungen zu finden, mit deren Hilfe die neuen Rechtsvorschriften nach ihrem Inkrafttreten ihre volle Wirkung entfalten können.

Zu den eingeleiteten Maßnahmen zählen:

- Einsetzung einer informellen Sachverständigengruppe zu e-Ausschreibung:

Die Sachverständigengruppe wird führende Sachverständige auf dem Gebiet der Konzeption und Durchführung von e-Beschaffungssystemen und politischen Strategien versammeln. Bis Ende 2012 wird die Gruppe Funktionsanforderungen („Blueprint“) für nach einheitlichen Grundsätzen gestaltete e-Vergabelösungen ausarbeiten. Die Kommission fordert qualifizierte Sachverständige auf, sich zur Teilnahme an dieser Gruppe zu bewerben (Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 30.9.2011).

### Zur Info

Eine Reform der vorhandenen Regeln wird zu flexibleren und nutzerfreundlichen Instrumenten führen, mit denen die Kosten gesenkt und die Dauer der Vergabeverfahren verkürzt werden, so dass öffentliche Gelder effizient genutzt werden. Deshalb zählt die Reform der Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen zu den zwölf prioritären Maßnahmen der im April 2011 angenommenen Binnenmarktakte. Eine offene und wettbewerbsorientierte Auftragsvergabe hat die Kosten um bis zu 4 % gesenkt und zu Einsparungen von rund 20 Mrd. Euro geführt.



• Beginn der Arbeiten zur Beobachtung von e-Beschaffung und zum Benchmarking: Die Kommission hat im Amtsblatt eine Ausschreibung für eine Studie zur Entwicklung relevanter Indikatoren zur Beobachtung der Entwicklung der elektronischen

der e-Beschaffung veröffentlicht. Die Analyse der 77 eingegangenen Antworten zum Grünbuch gewährt einen detaillierten Einblick, der der weiteren Arbeit im Bereich der e-Beschaffung zugute kommen wird. Das Tätigwerden auf EU-Ebene, wozu auch

*Hierzu Kommissar Barnier: „e-Beschaffung ist die Zukunft des öffentlichen Auftragswesens. Durch sie werden bessere Ergebnisse bei der Beschaffung erzielt, Verschwendung und Fehler verringert und öffentliche Auftraggeber bei der Verwaltung komplexer Transaktionen unterstützt. In fünf bis zehn Jahren wird der Großteil der Verwaltung der öffentlichen Beschaffung elektronisch abgewickelt werden. Wir müssen uns bereits jetzt auf diesen Wandel vorbereiten. Auf EU-Ebene müssen wir sicherstellen, dass der Umstieg durch das rechtliche und politische Umfeld gefördert wird. Die Grundlagen, mit deren Schaffung heute begonnen wird, stellen einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung auf den Einsatz neuer Technologien für eine bessere Beschaffung dar.“*

Beschaffung veröffentlicht. Durch den aktuellen Mangel an Informationen über e-Beschaffung wird die Einführung der elektronischen Auftragsvergabe behindert. Die Ergebnisse dieser Studie werden den politischen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene bei der Beobachtung von e-Beschaffung und damit der Förderung des Umstiegs helfen. Ein zweites Ziel ist die Beseitigung des Informationsmangels in Bezug auf gute Verfahren der e-Beschaffung, indem eine Fallsammlung vorbildlicher Verfahren mit den aktivsten/erfolgreichsten e-Beschaffungslösungen in Europa zusammengestellt wird. Die gewonnenen Erkenntnisse werden dazu beitragen, dass die Verfahren vereinheitlicht werden und diejenigen Mitgliedstaaten und Regionen, die in e-Beschaffungsinfrastrukturen investieren, bewährte Lösungen einführen, statt das Rad neu zu erfinden oder in unproduktive Lösungen zu investieren. Angebote sind bis zum 30.9.2011 einzureichen.

• Zusätzlich hat die Kommission eine detaillierte Zusammenfassung der Antworten zum Grünbuch zum Ausbau

Rechtsvorschriften zur Erleichterung standardisierter e-Beschaffungslösungen zählen, findet breite Unterstützung. Eine knappe Mehrheit der Kommentare spricht sich dafür aus, die Nutzung von e-Beschaffung auf EU-Ebene verbindlich vorzuschreiben.

Sachverständigengruppe:  
Aufgabenbeschreibung und Aufruf zur Interessenbekundung:

[hier](#)

Leistungsbeschreibung für die Studie zur Beobachtung von e-Beschaffung und zum Benchmarking (Bekanntmachung 2011/S 142-235043 vom 27.7.2011):

[hier](#)

Zusammenfassung der zum Grünbuch eingegangenen Antworten:

[hier](#)

Pressemitteilung zur Binnenmarktakte:

[hier](#)

Frühere Pressemitteilung: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



Michel Barnier



## Lebensmittel: EFSA schließt Bewertung gesundheitsbezogener Angaben ab

Die europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht zu erfahren, ob sich ein entsprechend deklariertes Lebensmittel tatsächlich positiv auf ihre Gesundheit auswirkt. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat die sechste und letzte Gutachten-Reihe zu den gesundheitsbezogenen Angaben veröffentlicht. Die Europäische Kommission wird nun bis Jahresende eine Liste der für Lebensmittel zugelassenen Angaben über alle Stoffe mit Ausnahme pflanzlicher Stoffe (sog. „Botanicals“) vorlegen.

Die Kommission begrüßt die Veröffentlichung der sechsten Reihe von Gutachten, mit denen 35 gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel („Angaben gemäß Artikel 13“) bewertet werden. Damit hat die EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) den Prozess der Bewertung abgeschlossen, der im Oktober 2009 eingeleitet wurde.

Binnenmarkt wissenschaftlich abgesichert und nicht irreführend sind. Damit können sie sich leichter gesundheitsbewusst ernähren. Mit der Annahme der Liste wird auch die Arbeit der Durchsetzungsbehörden erleichtert, die die Einhaltung der Verordnung zu überwachen haben, und es wird ein fairer Wettbewerb unter den Marktteilnehmern gewährleistet.

*„Korrekte und zuverlässige Angaben bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln sind unerlässlich, damit die Verbraucher gesundheitsbewusster einkaufen und sich fundierter entscheiden können“, erklärte der für Gesundheit und Verbraucher zuständige Kommissar John Dalli. „Die bisher von der EFSA durchgeführten Bewertungen sind ein entscheidender Schritt bei der Durchführung der Verordnung über gesundheitsbezogene Angaben. Ich danke der Behörde für ihre wertvolle Unterstützung bei diesem schwierigen Unterfangen, das weltweit einzigartig ist. Jetzt gilt es, die Liste der zulässigen Angaben gemäß Artikel 13 schnellstmöglich anzunehmen.“*

Die Vorarbeiten mit den Mitgliedstaaten hat die Kommission bereits eingeleitet. Ziel ist es, die endgültige Maßnahme vor Jahresende vorzulegen. Nach Annahme und mit Gültigwerden der Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben können sich die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU darauf verlassen, dass alle gesundheitsbezogenen Angaben auf dem

Zu Beginn des Verfahrens übermittelten die Mitgliedstaaten der Kommission insgesamt mehr als 44 000 gesundheitsbezogene Angaben. Diese wurden von der Kommission zu einer Liste von rund 4 600 Angaben gebündelt. In den sechs Gutachten-Reihen der EFSA wurden rund 2 760 der ca. 4 600 zur wissenschaftlichen Bewertung vorgelegten gesundheitsbezogenen

### Zur Info

Mit der Verordnung über gesundheitsbezogene Angaben sollen die Verbraucher leichter Produkte auswählen können, die sie für eine abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung und damit für den Erhalt ihrer Gesundheit benötigen. Gesundheitsbezogene Angaben dürfen nicht in die Irre führen: Sie müssen genau, wahrheitsgemäß, wissenschaftlich abgesichert und in einer Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben geführt sein. Die EFSA ist das Gremium, das die wissenschaftlichen Belege für die gesundheitsbezogenen Angaben einer Bewertung unterzieht.



John Dalli



Angaben behandelt (1 550 Angaben über „Botanicals“ wurden von der Kommission einstweilen zurückgestellt).

Infolge der hohen Zahl der eingegangenen gesundheitsbezogenen Angaben und von Verzögerungen, die bei der Übermittlung der Beiträge der betreffenden Akteure an die Mitgliedstaaten entstanden waren, konnte die in der Verordnung über gesundheitsbezogene Angaben festgelegte Frist für die Annahme der Liste der zulässigen gesundheitsbezogenen Angaben

(31. Januar 2010) nicht eingehalten werden. Im Rahmen einer Verfahrensänderung war die Frist, bis zu der die EFSA die Bewertung aller gesundheitsbezogenen Angaben mit Ausnahme der Angaben über pflanzliche Stoffe abgeschlossen haben musste, daher bis Ende Juni 2011 verlängert worden.

Frühere Pressemitteilung: [hier](#)

Informationen zu Food Safety (en): [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## Standard-Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011: Vertrauen der Europäer in die Wirtschaft wächst

**Die Europäer beurteilen die Wirtschaftsaussichten wieder optimistischer. Wie aus der halbjährlichen Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Union vom Frühjahr 2011 hervorgeht, sind mehr Menschen der Auffassung, dass das Schlimmste der Krise hinter uns liegt. Nach Meinung von 43% der Europäer haben die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt bereits ihren Höhepunkt erreicht. Das sind ein Prozentpunkt mehr als bei der letzten Umfrage im Herbst 2010 und 15 Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2009. Auch sprechen sich die Europäer in zunehmendem Maße für Maßnahmen der EU und verstärkte europäische Zusammenarbeit aus, um die Krise zu bewältigen und künftige Probleme zu vermeiden. Nahezu 8 von 10 Europäern glauben, dass eine bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den EU-Mitgliedsstaaten dazu beitragen würde, die wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern.**

Wenngleich der allgemeine Trend in der EU positiv ist, besteht immer noch eine gewisse Skepsis in den Ländern, die weiterhin mit Rezession und steigender Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben. So gibt es Unterschiede zwischen eher „optimistischen“ und eher „pessimistischen“ Ländern. Während eine Mehrheit in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere Dänemark, Estland und Österreich der Auffassung ist, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt hätten bereits ihren Höhepunkt erreicht, wird in Krisenländern wie Portugal und Griechenland die gegenteilige Meinung vertreten.

Die Vorstellung, dass man „gemeinsam stärker ist“, findet bei den Europäern breite Zustimmung: 79 % (+2 Prozentpunkte gegenüber Herbst 2010) befürworten eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung zwischen allen EU-Mitgliedsstaaten, 78 % (+3) sind für „eine strengere Kontrolle durch die EU, wenn öffentliche Mittel zur Rettung von Banken und Finanzinstituten eingesetzt werden,“ 78% (+3) halten „eine bessere Abstimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Länder des Euro-Raums“ für wünschenswert, 77 % (+2) sprechen sich für eine „strengere EU-Kontrolle der Aktivitäten großer Finanzgruppen“ aus und 73 % (+2) würden „eine wichtigere Rolle der EU bei

### Zur Info

Die Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011 wurde durch persönliche Befragungen in der Zeit zwischen 6. und 26. Mai 2011 durchgeführt. Befragt wurden insgesamt 31 769 Personen in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie den Beitritts- und Kandidatenländern.



der Regulierung von Finanzdienstleistungen“ begrüßen.

Auch betrachten die Bürger die EU weiterhin als besonders handlungsstarken Akteur – noch vor den nationalen Regierungen – bei der Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise. Die EU bleibt an erster

verursacht“ (76 %, +3). Auch halten die meisten Europäer die Ziele der Strategie Europa 2020 – Förderung von Innovation und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit – für realistisch und erreichbar.

Schließlich blicken die Europäer mehrheitlich optimistisch in die Zukunft

*„Die jüngste Eurobarometer-Umfrage bestätigt, dass die Europäische Union allmählich aus der Krise herauskommt. Die Menschen glauben, dass die EU wirksame Maßnahmen zur Bewältigung der Krise ergreift, und wir befinden uns auf dem Pfad der Erholung“, erklärte Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. „Nach Meinung der Mehrheit der Befragten bewegt sich die EU nunmehr in die richtige Richtung. Von den EU-Organen und den nationalen Regierungen wird erwartet, dass sie sich weiterhin gemeinsam für nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen. Wenn wir alle verantwortungsvoll handeln, hat Europa gute Chancen, gestärkt aus der Krise herauszukommen.“*

Stelle (22 %, -1), eng gefolgt von den nationalen Regierungen (20%, unverändert). Die G20 (14 %, -2) hat den dritten Platz an den Internationalen Währungsfonds (15 %, unverändert) verloren. Seit der Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2010 liegen die Vereinigten Staaten (7 %, +1) zum dritten Mal in Folge hinter internationalen Organisationen zurück.

Öffentliche Unterstützung für die Strategie Europa 2020

Mit Blick auf die Strategie Europa 2020, die verschiedene Initiativen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung beinhaltet, stuften die Europäer alle sieben Initiativen als „wichtig“ ein. Die größte Zustimmung fanden: „Unterstützung armer und sozial ausgegrenzter Menschen, um sie in die Lage zu versetzen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen“ (79 %, +3), „Modernisierung der Arbeitsmärkte, um das Beschäftigungsniveau anzuheben“ (79 %, +3) und „Förderung einer Wirtschaft, die weniger Rohstoffe verbraucht und weniger Treibhausgase

und sind der Meinung, dass die Strategie Europa 2020 die EU auf den richtigen Weg bringt: 46 % (unverändert). Die Auffassung, „die EU habe den richtigen Weg eingeschlagen, um aus der Krise herauszukommen und den neuen globalen Herausforderungen zu begegnen“, teilen in 21 der 27 Mitgliedstaaten mindestens 46 % der Befragten.

Die Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2011 (erste Ergebnisse) ist unter folgender Adresse abrufbar:

[hier](#)

Informationen zu Europa 2020: [hier](#)

Näheres zu den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission für 2011: [hier](#)

Pressemitteilung zur Eurobarometer-Umfrage (en): [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



Viviane Reding



# Europäische Investitionsbank

## ÖBB-Unterinntalprojekt: Europäische Investitionsbank finanziert Ausbau mit 1 Mrd. Euro – Vertrag über weitere Tranche

**Die Europäische Investitionsbank (EIB) stellt ein Darlehen in Höhe von insgesamt einer Mrd. Euro für das ÖBB-Projekt „Hochleistungsstrecke Unterinntal“ zur Verfügung. Die EIB und die projektverantwortliche ÖBB-Infrastruktur AG unterzeichneten einen Vertrag über einen weiteren Teilbetrag von 200 Mio. Euro im Rahmen dieser Gesamtfinanzierung. Damit hat die EIB bisher 800 Mio. Euro für das TEN-Projekt (Transeuropäische Netze) finanziert. Das Darlehen für den Ausbau des Unterinntals gehört zu den 20 größten Finanzierungsprojekten der EIB und umfasst das größte je**

Mit dem Darlehen finanziert die EU-Förderbank den Ausbau des 41km langen Abschnitts zwischen Kundl/Radfeld und Baumkirchen im Tiroler Unterinntal zur Hochleistungsstrecke. Der Streckenabschnitt ist Teil der Zulaufstrecke zum künftigen Brennerbasistunnel und bildet ein zentrales Teilstück des europäischen TEN-Korridors 1 Berlin – Palermo. Bis 2012 wird die bestehende zweigleisige Eisenbahnstrecke, die an der Auslastungsgrenze steht, um eine neue, zweigleisige Hochleistungsstrasse ergänzt. Mit dem Ausbau der Unterinntalstrecke werden die Kapazitäten auf Europas wichtigstem Nord-Süd-Bahnkorridor deutlich erweitert. Zusätzlich bietet die Neubautrasse auch die Möglichkeit zur Entflechtung von Personen- und Güterverkehr. Fahrgäste werden von verkürzten Fahrtzeiten profitieren, die Anrainer von geringerer Umwelt- und Lärmbelastung.

Der Streckenabschnitt ist Teil der Zulaufstrecke zum künftigen Brennerbasistunnel und bildet ein zentrales Teilstück des europäischen TEN-Korridors 1 Berlin – Palermo. Bis 2012 wird die bestehende zweigleisige Eisenbahnstrecke, die an der Auslastungsgrenze steht, um eine neue, zweigleisige Hochleistungsstrasse ergänzt. Mit dem Ausbau der Unterinntalstrecke werden die Kapazitäten auf Europas wichtigstem Nord-Süd-Bahnkorridor deutlich erweitert. Zusätzlich bietet die Neubautrasse auch die Möglichkeit zur Entflechtung von Personen- und Güterverkehr. Fahrgäste werden von verkürzten Fahrtzeiten profitieren, die Anrainer von geringerer Umwelt- und Lärmbelastung.

Wilhelm Molterer, Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank: „Die Größenordnung der heute vereinbarten Finanzierung zeigt die herausragende Bedeutung dieses Streckenabschnitts für den künftigen Brenner-Basistunnel. Moderne Hochgeschwindigkeitszüge werden zum Einsatz kommen, die den Eisenbahnverkehr sehr viel schneller und damit deutlich attraktiver gegenüber anderen Transportmöglichkeiten machen. Das wirkt sich positiv auf die Umwelt und den Energieverbrauch aus. Das entlastet aber auch ganz erheblich

die Bewohnerinnen und Bewohner des Unterinntals.“

Andreas Matthä, Vorstand der ÖBB-Infrastruktur AG dankt der EIB für die Unterstützung bei der Realisierung dieses europäischen Großprojekts: „Die ÖBB investieren soviel wie nie zuvor in den Ausbau von Hochleistungsstrecken. Damit wollen wir Österreich an das europäische Bahnnetz der Zukunft anbinden. Das Darlehen der EIB ist eine eindrucksvolle Bestätigung für unsere Ausbaustrategie und für die hohe Qualität der ÖBB-Infrastrukturprojekte.“

Der jetzt unterzeichnete Finanzierungsvertrag sowie zahlreiche vorangegangene Projekte zeigen, dass die EIB bei ihren Aktivitäten in Österreich den Schienenverkehr gegenüber anderen Verkehrsformen deutlich stärkt. Allein in den vergangenen fünf Jahren hat die Bank Darlehen in Höhe von mehr als 1,5 Mrd. Euro an Projekte des österreichischen Eisenbahnsektors vergeben.

Presstext: [hier](#)

Presstext der EIB: [hier](#)

Informationen zum Unterinntalprojekt: [hier](#)

Homepage der EIB: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

### Zur Info

Die Europäische Investitionsbank ist die Bank der Europäischen Union für langfristige Finanzierungen. Ihre Aufgabe ist es, die Ziele der EU durch die langfristige Finanzierung tragfähiger Projekte zu fördern.

# Sonstiges



## "Europäische Unternehmerregion 2013" – Bewerbungsverfahren

**Stellt Ihre Region die Förderung von Unternehmertum und kleinen Betrieben in den Mittelpunkt? Möchten Sie gerne Ihre Erfahrungen und Ihre Vision für die Zukunft mit anderen Menschen in Europa teilen? Dann machen Sie mit und bewerben Sie sich um die Auszeichnung "Europäische Unternehmerregion 2013", die der Ausschuss der Regionen vergangene Woche in Brüssel ausgeschrieben hat. Nehmen Sie die Chance wahr, Ihre KMU-Politik weiter voranzutreiben!**

Im Rahmen des Projekts "Europäische Unternehmerregion" (EER) werden EU-Regionen ermittelt und ausgezeichnet, die ungeachtet ihrer Größe, ihrer Wirtschaftskraft und ihrer Kompetenzen in der Unternehmenspolitik eine bemerkenswerte Weitsicht an den Tag legen. Den Regionen mit dem überzeugendsten und weitsichtigsten Aktionsplan wird die Auszeichnung "Unternehmerregion des Jahres" verliehen. Ziel dieser Initiative ist es, dynamische, ökologische und unternehmerische Regionen in ganz Europa zu fördern und den "Small Business Act für Europa" auf regionaler und lokaler Ebene umzusetzen.

Die 2009 vom Ausschuss der Regionen ins Leben gerufene Auszeichnung wurde bislang an sechs Regionen verliehen: für 2011 an Brandenburg (Deutschland), die Grafschaft Kerry (Irland) und Murcia (Spanien); für 2012 an Katalonien (Spanien), Helsinki-Uusimaa (Finnland) und die Autonome Region Trnava (Slowakische Republik). Nachdem der Wettbewerb in den Jahren 2011 und 2012 auf großes Interesse gestoßen war und die Pilotphase erfolgreich abgeschlossen werden konnte, hat der AdR nun auf seiner Plenartagung am 30. Juni das Bewerbungsverfahren für die EER-Auszeichnung 2013 eröffnet.

### Wie funktioniert die Bewerbung?

Interessierte regionale Gebietskörperschaften werden aufgefordert, eine Bewerbung einzureichen, die einen Strategieplan und einen Aktionsplan mit Umsetzungsmaßnahmen enthält sowie Aufschluss über die geplanten Kommunikationsaktivitäten gibt. Aus den

Bewerbungsunterlagen sollte hervorgehen, dass hinter der EER-Strategie ein echtes politisches Engagement steht, z.B. seitens der Volksvertretung der Region, der Regionalregierung oder eines anderen befugten Organs. Die Regionen sollen deutlich angeben, welche Institutionen und Akteure für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen zuständig sein werden.

Frist für die Einreichung von Interessensbekundungen für die Auszeichnung "Europäische Unternehmerregion 2013" ist der 10. November 2011. Die Bewerbungen werden von den Mitgliedern der EER-Jury geprüft, die sich aus AdR-Mitgliedern sowie Vertretern der EU-Institutionen und der Wirtschafts- und Sozialpartner zusammensetzt. Die Auszeichnung wird Anfang 2012 im Rahmen eines Festaktes an maximal drei Regionen verliehen.

*Bewerbung um die Auszeichnung "EER 2013" zusammen mit der Erklärung über politisches Engagement in elektronischer Form an: [eer-cdr@cor.europa.eu](mailto:eer-cdr@cor.europa.eu).*

*Einsendeschluss: 10. November 2011.*  
Bewerbungsformular und weitere Informationen: [hier](#)

Informationen zum Small Business Act für Europa: [hier](#)

Mitteilung der Kommission zum Small Business Act: [hier](#)

Seite der UEAPME zum Small Business Act: [hier](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäische Parlament

Die nächste Plenarsitzung findet am **12. September 2011 in Straßburg** statt.

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung in **Straßburg** finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

**Stellenausschreibungen:** <http://www.eurobrussels.com/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.info/](http://www.alpeuregio.info/)

Redaktion und Bearbeitung:  
Dr. Florian Mast, Edith Exenberger

---

### Abbildungsverzeichnis

[http://www.europainfo.at/\\_pic2/Ratspr%C3%A4sidentschaft%20Polen%2020Halbjahr%202011.jpg](http://www.europainfo.at/_pic2/Ratspr%C3%A4sidentschaft%20Polen%2020Halbjahr%202011.jpg)  
<http://www.topnews.in/files/donald-tusk.jpg>  
<http://img.optics.org/objects/news/1/7/12/NeelieKroes.jpg>  
<http://www.francequebec400.fr/medias/editor/image/barnier%20officiel5%20500.jpg>  
[http://3.bp.blogspot.com/-K1xgg\\_sOt4o/TcV7Dpisbul/AAAAAAACRY/ikaHhZ6IjM/s1600/Commissioner+John+Dalli.jpg](http://3.bp.blogspot.com/-K1xgg_sOt4o/TcV7Dpisbul/AAAAAAACRY/ikaHhZ6IjM/s1600/Commissioner+John+Dalli.jpg)  
<http://comdays.files.wordpress.com/2007/10/reding-viviane.jpg>